A

Asylsuchende

Asylsuchende sind Menschen, die in einem Land darum ersuchen, als Flüchtling anerkannt zu werden, und auf eine Entscheidung der Behörden über ihren Asylantrag warten. Wird ein Gesuch abgelehnt, muss die abgewiesene Person das Hoheitsgebiet des betreffenden Staates verlassen. Wie jede andere Person mit irregulärem Status kann die Person ausgewiesen werden, ausser, es wird ihr aus humanitären Gründen oder auf einer anderen Grundlage eine Aufenthaltsbewilligung erteilt.

Antipersonenmine

Umgangssprachlich auch „Tretmine“. Laut dem Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung werden diese definiert als „eine Mine, die dazu bestimmt ist, durch die Gegenwart, Nähe oder Berührung einer Person zur Explosion gebracht zu werden, und die eine oder mehrere Personen kampfunfähig macht, verletzt oder tötet.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Am 10. Dezember 1948 haben die 58 Mitgliedstaaten der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) verabschiedet. Als Gedenktag wird jedes Jahr am 10. Dezember der Tag der Menschenrechte gefeiert. Dieses Grundlagendokument, das in über 500 Sprachen übersetzt wurde, ist eine Inspirationsquelle zur Umsetzung der universellen Menschenrechte und die Grundlage für den internationalen Schutz der Menschenrechte.

Aggression

Aggression bedeutet, dass ein Staat gegen einen anderen Staat militärische Gewalt anwendet, die sich gegen dessen Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit richtet Das Völkerrecht verbietet zwar grundsätzlich militärische Gewalt, lässt aber zwei Ausnahmen zu: die militärische Selbstverteidigung, die unter bestimmten Bedingungen erlaubt ist, und Massnahmen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, wenn sie auf einem Beschluss des UNO-Sicherheitsrats gemäss Kapitel VII der UNO-Charta beruhen.

Abwanderung von Fachkräften

Abwanderung von Fachkräften bedeutet, dass Fachkräfte dauerhaft oder für lange Zeit auswandern, was negative Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Herkunftslandes hat. Im weiteren Sinne bezieht sich der Begriff auch auf die Mobilität von Studierenden – eine potentielle Migrationsbewegung von Fachkräften. Der Ausdruck «Abwanderung von Fachkräften» verweist auf eine Abwanderungsrate, die vom Herkunftsland als übermässig hoch angesehen wird. Dieses Phänomen betrifft nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch und in relativ grossem Umfang Industrieländer.

Abrüstung

Die Generalversammlung definiert Abrüstung als die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen sowie die Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstung. Es gibt verschiedene UN-Organisationen, die sich diesem Ziel widmen, z. B. das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) und das Büro für Abrüstungsfragen (UNODA). Abrüstung wird von der UN-Generalversammlung als die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen sowie die Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Waffen (ex konventionelle Waffen) definiert.

B

Blauhelme

Die Blauhelme sind die friedenserhaltende Truppe der Vereinten Nationen. Die Blauhelme bestehen aus Soldaten, Polizisten oder Zivilisten und tragen zu friedenserhaltenden Maßnahmen (Peacekeeping Operations, PKO) bei, deren Aufgabe es ist, den Frieden zu erhalten oder wiederherzustellen (z. B. durch den Schutz von Zivilisten, die Verteidigung der Menschenrechte oder die Förderung der Rechtsstaatlichkeit). Diese werden von allen UNO-Mitgliedsstaaten entsandt und operieren unter der Autorität der Vereinten Nationen.

Biologische Waffen

Waffen, durch die Bakterien, Viren, Pilze usw. verbreitet werden, um den Feind zu schwächen oder zu töten. Sie gelten als Massenvernichtungswaffen. Biologische Waffen sind durch das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen von 1972 geregelt (in Kraft getreten in der Schweiz 1976).

Binnenvertriebene

Binnenvertriebene sind Personen oder Personengruppen, die gezwungen bzw. genötigt wurden, aus ihrer Heimstätte oder dem Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts zu fliehen oder diese zu verlassen, insbesondere in Folge von oder zur Vermeidung der Auswirkungen eines bewaffneten Konflikts, von Situationen allgemeiner Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und natürlichen oder menschengemachten Katastrophen, und die keine international anerkannte Staatsgrenze überschritten haben.

Big pharma

«Big Pharma» ist ein Kunstwort, mit dem die Pharmakonzerne bezeichnet werden, die die grössten Profite erwirtschaften. Der Begriff wird manchmal verwendet, um die Pharmaindustrie anzuprangern, die als unethisch und mehr an Profiten als an Gesundheit interessiert gilt. Der Begriff wird eher abwertend verwendet.

Bewaffneter Konflikt

Das humanitäre Völkerrecht kommt in einem bewaffneten Konflikt zur Anwendung. Der Begriff des bewaffneten Konflikts wird zwar in keinem Abkommen klar definiert, er wurde aber in der Rechtsprechung umschrieben: «Ein bewaffneter Konflikt liegt vor, wenn es in zwischenstaatlichen Beziehungen oder in einem anhaltenden Konflikt zwischen einer Regierung und organisierten bewaffneten Gruppen oder zwischen solchen Gruppen innerhalb eines Staates zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt.» Es wird also unterschieden zwischen internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikten Ein nicht-internationaler bewaffneter Konflikt muss jedoch eine gewisse Intensität aufweisen, und die bewaffnete Gruppe oder die bewaffneten Gruppen müssen wenigstens minimal organisiert sein. Interne Spannungen, Aufruhr und innere Unruhen wie Tumulte, vereinzelt oder sporadisch auftretende Gewalttaten sowie ähnliche Handlungen fallen nicht unter das humanitäre Völkerrecht.

C

Chemische Waffen

Chemische Waffen werden im Chemiewaffenübereinkommen der Vereinten Nationen definiert als „jede Chemikalie, die durch ihre chemische Wirkung auf die Lebensvorgänge den Tod, eine vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch oder Tier herbeiführen kann“. Sie gelten als Massenvernichtungswaffen. Chlor und Senfgas sind zum Beispiel chemische Waffen.

Charta der Vereinten Nationen

Gründungsdokument von 1945, das die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen, d.h. die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit, sowie die
Zusammensetzung, den Auftrag und die Zuständigkeiten ihrer Organe (Generalversammlung, Sicherheitsrat, Sekretariat) definiert.

D

Dublin-Raum

Das Dubliner Übereinkommen von 1990 definiert ein Instrument zur Koordination der Asylpolitik. Gemäss diesem System dürfen Asylsuchende nur ein einziges Mal innerhalb des Dublin-Raums einen Asylantrag stellen. Der Dublin-Raum umfasst alle EU-Staaten sowie die vier assoziierten Staaten (Island, Norwegen Schweiz und Liechtenstein). Die Dublin-III-Verordnung trat am 19. Juli 2013 auf EU-Ebene in Kraft.

Diaspora

Der Begriff «Diaspora» bezeichnet die Verstreuung eines Volkes oder einer ethnischen Gruppe über weite Teile der Welt. Er wird oft mit dem Ziel verwendet, trotz der Verstreuung der Gruppe eine gemeinsame Identität zu proklamieren.

E

Epidemie

Eine Epidemie ist der massenhafte Ausbruch einer Infektionskrankheit. Meistens ist sie räumlich und zeitlich begrenzt (im Gegensatz zu einer Pandemie, die sich durch eine globale Ausbreitung auszeichnet).

Endemie

Eine Endemie ist eine Infektionskrankheit, die in einer bestimmten Region fortwährend auftritt. Sie grassiert dauerhaft oder ist latent vorhanden und betrifft grosse Teil der Bevölkerung. Man weiss über die Krankheit Bescheid und Krankheitsfälle werden gemeldet; sie breitet sich allerdings nicht zwingend weiter aus. Früher waren Krankheiten wie Lepra oder Tetanus bei Kindern in Europa endemisch, doch dank der Entwicklung von Impfstoffen und der Verbesserung der Lebensstandards konnten sie weitestgehend beseitig werden. Zu den Krankheiten, die heutzutage in bestimmten Teilen der Welt endemisch sind, gehören das Dengue-Fieber, Gelbfieber oder Malaria.

Emigration / Auswanderung

Auswanderung bedeutet, dass jemand das eigene Wohnsitzland verlässt und sich in einem anderen Land niederlässt. Das Völkerrecht gewährt jedem Menschen das Recht, ein Land zu verlassen, auch das eigene, und sieht eine Beschränkung nur unter bestimmten Umständen vor. Das Recht, ein Land zu verlassen, geht nicht einher mit dem Recht, in ein anderes als das Herkunftsland einzureisen.

Einreiseverweigerung

Mit Einreiseverweigerung ist die Entscheidung eines Staates gemeint, einer Person die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern.

Einbürgerung

Unter Einbürgerung ist zu verstehen, dass die zuständige Behörde eines Landes einer ausländischen Person auf ihren Antrag hin die Staatsbürgerschaft verleiht. Jedes Land definiert selbst die Bedingungen, unter denen es die Staatsbürgerschaft verleiht. Sofern es sich um Geflüchtete handelt, sind die Staaten verpflichtet, die Einbürgerung zu erleichtern (Genfer Flüchtlingskonvention, 1951, Art. 34). Auf regionaler Ebene findet sich im Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit ebendieser Aspekt in Art. 6: «Jeder Vertragsstaat sieht in seinem innerstaatlichen Recht die Möglichkeit der Einbürgerung von Personen vor, die sich rechtmässig und gewöhnlich in seinem Hoheitsgebiet aufhalten.»

F

Friedenssicherung

Friedenssicherung kann als organisierte Intervention auf internationaler Ebene zur Verhinderung, Begrenzung oder Beendigung von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten verstanden werden. Daher können mehrere Berufsgruppen zur Friedenssicherung eingesetzt werden (Polizei, Militär, Zivilisten).

Flüchtlinge / Geflüchtete

Als Flüchtling gilt jede Person, die «aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ausserhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht beanspruchen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht beanspruchen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse ausserhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und dorthin nicht zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht zurückkehren will.» (Genfer Flüchtlingskonvention, 1951, Art. 1 A Abs. 2).

G

Gute Dienste

Gute Dienste sind die Bemühungen einer Drittpartei (z.B. Staat, internationale Organisation), einen Konflikt zwischen zwei oder mehreren Staaten friedlich beizulegen, mit dem Ziel, einen Dialog zwischen den Konfliktparteien einzuleiten. Zu diesen Initiativen gehören die Bereitstellung eines Konferenzortes, die Teilnahme an einer internationalen Mission zur Friedenssicherung oder die Mediation zwischen den Konfliktparteien und die Erleichterung ihres Dialogs. Die schweizer Gute Dienste Politik beinhaltet Rollen in der Mediation, Schutzmachtmandate und Gaststaat zu sein. Dies macht Genf zu einem Ort dieser Guten Dienste.

Grundsatz der Nichtzurückweisung / Non-Refoulement-Prinzip

Der Grundsatz der Nichtzurückweisung ist ein im Völkerrecht verankerter Grundsatz, der die Rückführung von Menschen in Staaten, in denen sie an Leib und Leben bedroht sind, verbietet. Dieser Grundsatz steht im Zusammenhang mit den Menschenrechten und ist Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts. Gemäss Art. 33 des Abkommens über die Rechtsstellung von Flüchtlingen vom 28. Juli 1951, «[wird] kein vertragschliessender Staat […] einen Flüchtling in irgendeiner Form in das Gebiet eines Landes ausweisen oder zurückstellen, wo sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Anschauungen gefährdet wäre.» Dieser Grundsatz ist der Eckpfeiler des internationalen Schutzes von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Grundrechte

Grundrechte sind die Gesamtheit der wesentlichen Rechte, die ein Staat seiner Bevölkerung garantiert. In der Schweiz sind sie in der Bundesverfassung festgelegt und setzten sich aus den Menschenrechten und den Grundfreiheiten zusammen.

Globale Gesundheit

Globale Gesundheit bezieht sich darauf, gesundheitliche Chancengleichheit auf globaler Ebene zu erreichen, indem transnationale Gesundheitsfragen, Determinanten sowie Interventionen und formale Strukturen, die ausserhalb der Kontrolle nationaler Institutionen liegen, einbezogen werden.

Gesundheitssicherheit

Es handelt sich hierbei um die Sicherheit betreffend die Gesundheit. Um die Gesundheitssicherheit zu gewährleisten, ist es wichtig, verschiedene Bereiche wie Lebensmittel, Medikamente, Gesundheit am Arbeitsplatz oder Umwelt zu berücksichtigen. Die Gesundheitssicherheit ist, wie die Lebensmittelsicherheit, Teil der menschlichen Sicherheit.

Gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite (PHEIC)

Eine Gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ist ein aussergewöhnliches Ereignis, das, wie in den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) festgelegt, durch die grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit in anderen Staaten darstellt, und möglicherweise eine abgestimmte internationale Reaktion erfordert. (Internationale Gesundheitsvorschriften, 2005)

Gesundheit

Gesundheit «ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.» (Präambel der Verfassung der WHO, 1946)

Genozid

Der Begriff Genozid wurde das erste Mal 1944 von Raphaël Lemkin verwendet. Etymologisch ist das Worte eine Zusammensetzung von «genos», altgriechisch für «Geschlecht» oder «Herkunft», und dem lateinischen Suffix «cide», was sich auf «töten» bezieht. 1946 wurde der Genozid erstmals als Straftatbestand des Völkerrechts von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt (A/RES/96-I).

Genfer Konvention

Die vier Genfer Konventionen sind wichtige Übereinkommen, die den Kern des humanitären Völkerrechts bilden. Sie regeln den Schutz von Kriegsopfern sowie die Mittel und Methoden der Kriegsführung. Die erste Konvention datiert von 1864 und geht auf die Initiative des Genfers Henry Dunant zurück, der Gründervater des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK).

Generalversammlung der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist eines der sechs Hauptorgane der UNO. Es ist eine Zusammenkunft aller Mitgliedstaaten und Beobachterstaaten der UNO zur Erörterung von Fragen zu Menschenrechten, Entwicklung, Frieden und Sicherheit. Jeder der 193 Mitgliedsstaaten hat eine Stimme, unabhängig von seiner Grösse und Bevölkerung. Die Beschlüsse der Generalversammlung (Resolutionen) sind unverbindliche Empfehlungen.

H

Humanitäres Völkerrecht

Das humanitäre Völkerrecht legt international anerkannte Regelungen fest, um die Folgen bewaffneter Konflikte zu verringern. Es schützt die Menschen, die nicht oder nicht mehr an den Kampfhandlungen beteiligt sind und beschränkt die Mittel und Methoden der Kriegsführung. Der Grossteil der Regelungen bezieht sich auf internationale Konflikte, das heisst Konflikte zwischen Staaten. Heutzutage gibt es vor allem bewaffnete Konflikte, die innerhalb eines Staates stattfinden (z. B. Bürgerkriege), für die nur sehr wenige Regelungen des humanitären Völkerrechts anwendbar sind. Das humanitäre Völkerrecht ist nicht zu verwechseln mit den Menschenrechten, die jederzeit und für alle Menschen gelten.

Humanitäre Hilfe

Als humanitäre Hilfe bezeichnet man Hilfs- und Rettungsaktionen, die von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen für Opfer von Konflikten, naturbedingten oder durch Menschen verursachten Katastrophen geleistet werden.

Humanitär

Als «humanitär» wird eine Form der Hilfe oder eine Organisation bezeichnet, wenn sie sich dafür einsetzt, dass Menschen geachtet und das Wohlergehen der Menschheit gefördert werden. Eine humanitäre Ethik basiert auf der Überzeugung, dass es richtig ist Menschen zu helfen, die in ernsthafter Gefahr sind. Die humanitäre Hilfe steht für weltweite Solidarität, durch die Opfer von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten Hilfe und Schutz erhalten.

Haager Abkommen

An den beiden Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in Den Haag wurden mehrere Abkommen zur Reglementierung der Kriegsführung erarbeitet. Sie verbieten insbesondere den Einsatz von Waffen, die unnötige Leiden verursachen. Diese Abkommen wurden 1954 ergänzt durch das Haager Abkommen für den Schutz von Kulturgut in bewaffneten Konflikten und die beiden Zusatzprotokolle von 1954 und 1999.

I

Internationaler Strafgerichtshof (ICC)

Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofs (International Criminal Court, ICC) mit Sitz in Den Haag ist das Römerstatut. Der ICC nahm 2002 seine Tätigkeit auf. Er verfolgt Personen, die die schwersten Verbrechen begangen haben, die von der internationalen Gemeinschaft geächtet sind: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Der ICC arbeitet subsidiär, d. h. er kommt erst dann zum Einsatz, wenn die zuständigen staatlichen Behörden nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Ermittlungen zu führen oder die Straftaten ernsthaft zu verfolgen.

Internationaler Strafgerichtshof

Im Rahmen der Vereinten Nationen sind dies Gerichte, die nach Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht Anfang der 1990er Jahre eingerichtet wurden. 1993 wird der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien auf Beschluss des Sicherheitsrats eingerichtet, um Personen zu verurteilen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen haben. 1994 wird auch der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda eingerichtet.

Internationaler Sondergerichtshof

Ein Gericht, das speziell in einem bestimmten Kontext geschaffen wurde. Es ist ein zeitlich begrenztes Gericht, bei dem seine Zuständigkeiten zeitlich, räumlich und materiell eingeschränkt sind. Die ersten dieser Art wurden nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet (Nürnberg und Tokio).

Internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit bedeutet, dass mehrere Länder über ein gemeinsames Projekt diskutieren/kooperieren/sich an einem gemeinsamen Projekt beteiligen. Diese Zusammenarbeit kann bilateral (zwischen zwei Ländern) oder multilateral (zwischen mehreren Ländern) erfolgen.

Internationale Organisation

Eine internationale Organisation bezeichnet einen Zusammenschluss von Staaten, welche die Umsetzung gemeinsamer Ziele durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit anstreben.

Ins Ausland Vertriebene

Vertriebene sind Menschen, die – oftmals in grosser Zahl – ihr Land verlassen müssen, etwa aufgrund eines bewaffneten Konflikts, innerer Unruhen, Naturkatastrophen oder menschengemachter Katastrophen, und die nicht die Kriterien anerkannter Fluchtgründe erfüllen. Sie werden manchmal als «De-Facto-Flüchtlinge» bezeichnet.

Immigration / Einwanderung

Einwanderung bedeute, dass jemand in ein Land zieht, in dem er oder sie keine Staatsangehörigkeit hat, mit dem Ziel, sich dort niederzulassen.

K

Kulturerbe

Das Kulturerbe besteht aus der Gesamtheit der Zeugnisse der Vergangenheit. Es handelt sich um materielle Güter (Gemälde, Münzen, Manuskripte, Kleidung, Denkmäler, Ruinen/Wracks etc.) und immaterielle Güter (Traditionen, Rituale etc.).

Kriegsverbrechen

Kriegsverbrechen sind schwere Verstösse gegen Bestimmungen der Genfer Konventionen von 1949 zum Schutz von Personen und Gütern sowie gegen die in internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikten geltenden Gesetze und Gebräuche. Als Kriegsverbrechen gelten namentlich Tötung, Folter, Vertreibung, unmenschliche Behandlung, rechtswidrige Gefangenhaltung, Geiselnahme, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung und auf zivile Objekte, die Rekrutierung von Kindersoldaten, Vergewaltigung und Plünderung. Die Staaten sind verpflichtet, Personen, die verdächtigt werden, auf ihrem Hoheitsgebiet Kriegsverbrechen begangen zu haben, vor Gericht zu stellen oder auszuliefern.

Kriegsgefangene

Kriegsgefangene sind Kombattanten, die in einem internationalen bewaffneten Konflikt vom Gegner gefangen genommen werden. Auch Besatzungen der Handelsflotte und der Zivilluftfahrt sowie weitere Personen, die den bewaffneten Kräften folgen, ohne ihnen direkt anzugehören, können als Kriegsgefangene anerkannt werden. Ihre Haftbedingungen und allfällige Arbeitseinsätze richten sich nach der dritten Genfer Konvention. Kriegsgefangene haben ein Anrecht auf Besuche von Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Sie dürfen für Taten, die sie im Rahmen von Kampfhandlungen, aber im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht begangen haben, nicht strafrechtlich verfolgt werden. Kriegsgefangene können auf ihren Status nicht verzichten. Mitglieder der Sanitätstruppen und Seelsorger, die die Gefangenen betreuen, gelten selber nicht als Kriegsgefangene, haben aber Anrecht auf die entsprechende Behandlung. Söldner und Spione hingegen können sich in der Regel nicht auf den Kriegsgefangenenstatus berufen.

Kombattanten

In einem internationalen bewaffneten Konflikt gelten alle Mitglieder der Streitkräfte – mit Ausnahme der Sanitätstruppen und der Seelsorger – als Kombattanten. Sie dürfen rechtmässige kriegerische Handlungen vornehmen und können dafür weder strafrechtlich verfolgt noch vor Gericht gestellt werden (Kombattantenprivileg). Kombattantenstatus haben unter bestimmten Umständen auch die Bewohner eines nicht besetzten Gebiets, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greifen, um ihr Territorium zu verteidigen, sowie Angehörige und Freiwillige von Milizen und Widerstandsbewegungen. Kombattanten, die in Gefangenschaft geraten, haben den Status und die Garantien von Kriegsgefangenen.

Kollektive Sicherheit

Ein System der kollektiven Sicherheit zielt darauf ab, das Prinzip „jeder für sich selbst” (Selbsthilfe) zu ersetzen, indem es vorsieht, dass eine Aggression gegen ein Mitglied des Systems als eine Aggression gegen alle angesehen wird und daher eine gemeinsame, gegebenenfalls bewaffnete Reaktion erfordert. Die NATO ist ein Beispiel der kollektiven Sicherheit. Die Mitgliedsstaaten dieser Organisation haben sich verpflichtet, sich gegenseitig zu schützen, wenn ein Mitgliedsstaat angegriffen wird.

Kernfusion

Die Kernfusion ist ein physikalischer Vorgang, bei dem zwei Atomkerne zu einem neuen Atomkern verschmelzen. Dadurch werden grosse Mengen an Energie freigesetzt. Die Sonne und die Sterne scheinen aufgrund von Kernfusion. Sie setzten Energie frei, und die Energie der Sonne ermöglicht das Leben auf der Erde. Das Verfahren der Kernfusion wird beispielsweise bei einer Wasserstoffbombe verwendet.

M

Multilateralismus

Eine Praxis, bei der drei oder mehr Parteien miteinander verhandeln, um gemeinsame Regeln festzulegen. Dies entspricht einer Welt, in der alle Staaten einer gemeinsamen Ordnung unterworfen sind, an deren Festlegung sie unabhängig von ihrem Machtniveau mitgewirkt haben.

Multilaterale Institution

Eine multilaterale Institution ist eine Einrichtung, die auf internationaler Ebene tätig ist. Beispielsweise sind die Vereinten Nationen eine multilaterale Institution, da sie Regeln zwischen mehreren Ländern festlegen und international operieren.

Mission zur Friedenssicherung

Die UN-Missionen zur Friedenssicherung sind Einsätze für den Schutz der Zivilbevölkerung, die Förderung der Menschenrechte, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und die Unterstützung der Abrüstung in Ländern, die sich in einem Konflikt oder Krieg befinden. Diese Operationen müssen drei Grundprinzipien einhalten:
• Die Zustimmung aller beteiligten Parteien;
• Die Unparteilichkeit des Einsatzes;
• Die Nichtanwendung von Gewalt (ausser zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung des Mandats).

Migrationssaldo

Mit Migrationssaldo (auch: Wanderungssaldo) wird die Differenz zwischen der Anzahl der Einwanderer (Personen, die aus einem anderen Land kommen) und Auswanderer (Personen, die in ein anderes Land ziehen) in einem bestimmten Gebiet bezeichnet.

Migrationsbewegungen

Als Migrationsbewegung, auch Migrationsstrom genannt, wird der Ortswechsel von mehreren Menschen bezeichnet.

Migration

Der Begriff Migration bezieht sich auf die räumliche Verlegung des Lebensmittelpunkts einer Person oder einer Personengruppe zwischen Ländern oder innerhalb eines Landes. Er umfasst jedwede Form von Bevölkerungsbewegung, unabhängig von den Gründen, der Konstellation oder der Dauer und er umfasst insbesondere die Bewegung von geflüchteten Arbeitskräften, vertriebenen oder entwurzelten Menschen (IOM, 2017).

Migranten

Auf internationaler Ebene gibt es keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs «Migrant» Er bezeichnet in der Regel Menschen, die sich aus freien Stücken, aus «persönlichen Gründen» und ohne zwingende äussere Faktoren zur Migration entschieden haben. Dieser Begriff wird also für Personen verwenden, die in ein anderes Land oder eine andere Region ziehen, um ihre materiellen oder sozialen Lebensbedingungen, ihre Zukunftsperspektive oder die ihrer Familie zu verbessern.

Menschliche Sicherheit

Ziel der menschlichen Sicherheit ist es, die individuelle Sicherheit zu gewährleisten und die Menschen vor politischer Gewalt, Krieg usw. zu schützen. Das Konzept geht über die physische Sicherheit hinaus, da es auch soziale und wirtschaftliche Sicherheit, politische Rechte und die Umwelt umfasst. Sie fördert das Gemeinwohl, die Grundrechte und alle Massnahmen, die direkte Sicherheitsbedrohungen verhindern können.

Menschenwürde

Würde ist der Respekt, die Rücksichtnahme oder die Achtung, die Jemandem oder Etwas gebührt. Die Würde eines Menschen ist der Grundsatz, dass eine Person niemals als Objekt oder als Mittel zum Zweck behandelt werden sollte.

Menschenrechte

Die Menschenrechte sind Grundrechte, die jeder Mensch ohne Ausnahme besitzt. Zu diesen Rechten gehören z. B. das Recht auf Leben, Bildung und ein faires Gerichtsverfahren. Internationale Organisationen wie die UNO kämpfen für den Schutz und die Durchsetzung dieser Rechte. Die UNO-Generalversammlung verabschiedete daher 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in 30 Artikeln die Grundrechte und -freiheiten festlegt, um jeden Menschen in jedem Land der Welt so gut wie möglich zu schützen. Darüber hinaus tragen auch Staaten zur Umsetzung der Menschenrechte bei, indem sie diese beispielsweise in ihre Verfassungen aufnehmen. Im Gegensatz zum humanitären Völkerrecht, das nur in Kriegszeiten anwendbar ist, gelten die Menschenrechte für alle Menschen zu jeder Zeit so, wie sie zum aktuellen Zeitpunkt aufgefasst werden.

Menschenhandel

Menschenhandel ist definiert als die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat, zum Zweck der Ausbeutung. Ausbeutung umfasst mindestens die Ausnutzung der Prostitution anderer oder andere Formen sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit, Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken, Leibeigenschaft oder die Entnahme von Körperorganen. (Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2000)

Mediation und Fazilitation

Um Konflikte beizulegen, kann eine Drittpartei hinzugezogen werden, die zwischen den Konfliktparteien vermittelt, man spricht dann von Fazilitation oder Mediation. Solche Drittparteien können beispielsweise die UNO, regionale Organisationen, Staaten oder NGOs sein. Die Schweiz hat eine lange Tradition der Mediation und Fazilitation im Rahmen ihrer Politik der Guten Dienste.

Massenvernichtungswaffen

Massenvernichtungswaffen gelten als die gefährlichsten Waffen. Eine einzige von ihnen kann eine ganze Stadt zerstören und Millionen von Menschen töten, mit katastrophalen Langzeitfolgen für die Menschheit und die Umwelt. Zu diesen Waffen gehören atomare, biologische, chemische und radiologische Waffen. Die Vereinten Nationen arbeiten daran, sie zu beseitigen.

Mandat

Ein Auftrag, der einer Person, einem Unternehmen oder einem Staat anvertraut wurde. Das Mandat verleiht die notwendige Vollmacht, die Mission an der Stelle des Anderen auszuführen.

N

Nuklare Proliferation

Der Begriff der nuklearen Proliferation bezeichnet die Zunahme der Akteure, die Atomwaffen besitzen.

Nothilfe

Als Nothilfe bezeichnet man eine institutionelle Hilfe (z. B. von einem Staat) für Menschen in Not, um deren Existenz und Menschenwürde sicherzustellen.

Nichtübertragbare Krankheit (Non-Communicable Disease, NCD)

Es gibt zwar keine allgemein anerkannte Definition für «nichtübertragbare Krankheiten» (NCDs), doch die WHO fasst unter diesem Begriff Krankheiten zusammen, die langwierig sind, langsam fortschreiten und nicht übertragbar sind, wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen (z. B. Herzinfarkte oder Schlaganfälle), Krebserkrankungen, chronische Erkrankungen der Atemwege (z. B. chronisch-obstruktive Lungenerkrankung (COPD) oder Asthma) und Diabetes.

Nichtregierungsorganisation (NGO)

Eine NGO (engl. non-governmental organization) bezeichnet einen Zusammenschluss von Einzelpersonen, welche durch ihre Zusammenarbeit die Umsetzung gemeinnütziger Ziele anstreben. Sie kann ihre Tätigkeit auf lokaler oder internationaler Ebene ausüben.

Nichteinmischung

Im Völkerrecht ist das Prinzip der Nichteinmischung ein Schutz für einen Staat. Es besagt, dass kein anderer Staat oder Akteur in seine inneren Angelegenheiten, wie Politik oder nationale Abstimmungen und Wahlen, eingreifen darf.

Nicht-staatliche Akteure

Heute spielen in bewaffneten Konflikten zunehmend nicht-staatliche Akteure wie bewaffnete Gruppen oder private Militär- und Sicherheitsunternehmen eine Rolle. Das humanitäre Völkerrecht ist nicht nur für Staaten rechtsverbindlich, sondern auch für diese nicht-staatlichen Akteure.

Nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrats

Es gibt zehn nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die von der UN-Generalversammlung für ein Mandat von zwei Jahren gewählt werden. Sie bilden zusammen mit den fünf ständigen Mitgliedern den Sicherheitsrat, aber im Gegensatz zu letzteren haben sie kein Vetorecht. Für den Zeitraum 2023–2024 hat die Schweiz zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Sitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat.

Neutralität

Rechtlich gesehen bedeutet Neutralität, dass sich ein Staat dafür entscheidet, sich weder an Kriegen zu beteiligen noch Söldner auszusenden oder sein Territorium einer Kriegspartei zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren ist ein neutraler Staat für seine eigene Verteidigung zuständig und muss die verschiedenen Kriegsparteien gleichbehandeln (z.B. bezüglich Exporten von Kriegsmaterial). Alles, was darüber hinausgeht, wird von jedem neutralen Staat eigenständig auf politischer Ebene festgelegt.

Nansen-Initiative

Die Nansen-Initiative verfolgt das Ziel, einen Konsens über die Prinzipien zum Schutz von Vertrieben zu erreichen, die wegen Naturkatastrophen oder dem Klimawandel ihr Land verlassen müssen. Sie führte zu einer Schutzagenda für Vertriebene, die auf internationaler Zusammenarbeit, Standards für die Behandlung von Umweltvertriebenen und operativen Massnahmen beruht.

Nachhaltige Entwicklung

„Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“, wie von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987 definiert wurde. Mit anderen Worten: Es handelt sich um ein langfristiges Wirtschaftskonzept, das ökologische und soziale Aspekte beinhaltet.

P

Protokoll

Ein Protokoll ist ein Dokument, in dem die bei einer internationalen Konferenz getroffenen Entscheidungen und Verpflichtungen festgehalten werden.

Primäre Gesundheitsversorgung

Gemäss der Erklärung von Alma-Ata 1978 ist unter primärer Gesundheitsversorgung «eine grundlegende Gesundheitsversorgung zu verstehen, die auf praktischen, wissenschaftlich fundierten und sozial akzeptablen Methoden und Technologien basiert und die für Einzelpersonen und Familien in der Gesellschaft durch deren vollständige Beteiligung im Geiste von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu für die Gesellschaft und das Land in jeder Phase ihrer Entwicklung bezahlbaren Kosten flächendeckend bereitgestellt wird. Sie bildet einen integralen Bestandteil sowohl im Gesundheitssystem eines Landes, dessen zentrale Aufgabe und hauptsächlichen Schwerpunkt sie darstellt, als auch in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung insgesamt.»

Philanthropische Stiftung

Eine philanthropische Stiftung wird von einer oder mehreren Personen gegründet, die einen Teil oder ihr gesamtes Vermögen der Stiftung übertragen oder Spenden sammeln, um ein gemeinnütziges und nicht-gewinnorientiertes Anliegen zu verwirklichen.

Patent

Ein Patent ist ein Schutzrecht für eine technische Erfindung (z. B. die Entdeckung eines Moleküls für ein Medikament). Durch ein Patent kann es anderen verboten werden, während bis zu 20 Jahren die Erfindung gewerblich zu nutzen.

Pandemie

Unter Pandemie versteht man die Ausbreitung einer Infektionskrankheit in mehreren Ländern oder Kontinenten. Oft handelt es sich zunächst um eine eher lokale Epidemie, die sich dann weltweit ausbreitet.

R

Rückkehrer

Repatrianten sind Menschen, die sich im Ausland befanden und aus verschiedenen Gründen (Unfall, Krankheit, Naturkatastrophe oder menschengemachte Katastrophe, Epidemie, bewaffneter Konflikt etc.) in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden. Wenn sich z. B. eine Person im Ausland aufhält und dieses Land von einem Tsunami mit zerstörerischen Auswirkungen betroffen ist, so kann sich diese Person in ihr Herkunftsland repatriieren (zurückholen) lassen. Eine Rückkehr wird häufig über die Botschaft des Herkunftslands im Ausland organisiert.

Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung setzt sich aus drei unabhängigen Organisationen zusammen: Dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) und den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung orientiert sich an ihren Grundsätzen und ist über ein zentrales Ziel miteinander verbunden: ohne Diskriminierung den Menschen helfen, die in Not sind, und den Frieden in der Welt fördern.

Resolution

Eine Resolution bezeichnet eine Entscheidung, die von internationalen Organisationen oder Konferenzen getroffen wurde. Die Mehrheit der Resolutionen beschränkt sich auf Empfehlungen und hat keinen bindenden, verpflichtenden Charakter (z. B. Resolutionen der UN-Generalversammlung). Im Gegensatz dazu können Resolutionen des UN-Sicherheitsrats für alle Mitgliedstaaten bindend, d. h. verpflichtend, sein.

Ratifizierung

Ratifizieren bedeutet, dass eine Verpflichtung angenommen und bestätigt wird. Im Völkerrecht gehen der Ratifizierung Verhandlungen, die Abfassung eines Vertrags und dessen Unterzeichnung voraus. Die Ratifizierung eines völkerrechtlichen Vertrags fällt in den Kompetenzbereich der nationalen Behörden der vertragsschliessenden Staaten. Diese bestätigen mit der Ratifizierung die Verpflichtung der Staaten.

S

Syndemie

Eine Syndemie ist ein umfassenderes globales Phänomen als eine Pandemie und offenbart biologische und soziale Wechselwirkungen, die für die Prognose, Behandlung und Gesundheitspolitik wichtig sind. Die Entwicklung eines Impfstoffes oder einer Behandlungsmethode reichen nicht aus, um eine Syndemie unter Kontrolle zu bringen. Dies trifft beispielweise auf die Covid-19-Syndemie zu.

Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats

Es gibt fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrats: China, Russland, die USA, Frankreich und das Vereinigte Königreich. Zusammen mit den zehn nichtständigen Mitgliedern bilden sie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Der große Unterschied zwischen den beiden besteht darin, dass die ständigen Mitglieder über ein Vetorecht verfügen, mit dem sie eine Resolution bei einer Abstimmung blockieren können.

Ständige Vertretung (Mission)

Eine Ständige Mission ist die offizielle Vertretung eines Landes bei einer internationalen Organisation. Die Schweiz hat zwei Ständige Vertretungen in Genf, um die Schweiz bei der UNO sowie bei der WTO und EFTA zu repräsentieren. Ferner finden sich in Genf die Ständigen Vertretungen fast aller UN-Mitgliedstaaten.

Staatenlose

Staatenlose sind Menschen ohne Staatsangehörigkeit, entweder weil sie nie eine besessen haben oder weil sie diese verloren haben, ohne eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben. Durch die Staatenlosigkeit sind die Menschen der Rechte beraubt – und der Pflichten enthoben –, die mit der Staatsbürgerschaft einhergehen, so z. B. das Recht auf diplomatischen Schutz oder das Recht auf Rückkehr in das Heimatland. Im Völkerrecht regelt das Übereinkommen über die Rechtsstellung von Staatenlosen (1954) die rechtliche Situation von staatenlosen Menschen und gewährt ihnen gewisse Rechte, insbesondere in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Souveränität

Die Souveränität eines Staates bedingt, dass er die höchste Entscheidungsinstanz innerhalb seiner Landesgrenzen ist. Kein Staat und keine Organisation können sich dementsprechend in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen. Die einzige Ausnahme ist der UN-Sicherheitsrat, der Entscheidungen treffen kann, die für alle Mitgliedstaaten der UNO verpflichtend sind.

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Eines der Hauptorgane der UNO, bestehend aus 15 Staaten: die 5 ständigen Mitglieder (China, Vereinigte Staaten, Russland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) mit Vetorecht (das ihnen die Möglichkeit gibt, eine Entscheidung mit ihrer Stimme zu blockieren, trotz der Zustimmung der Mehrheit) sowie 10 Mitglieder, die für einen Zeitraum von 2 Jahren gewählt werden, von denen jedes Jahr die Hälfte erneuert wird. Zum ersten Mal hat die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat für die Periode 2023-2024. Der Sicherheitsrat fasst Beschlüsse (z.B. wirtschaftliche oder politische Sanktionen, d.h. Massnahmen zur Bestrafung eines Staates, mit denen der Staat zur Einhaltung seiner Verpflichtungen gezwungen werden soll, oder sogar Interventionen in anderen Ländern, wenn die jeweiligen Regierungen gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen), um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Anders als die Generalversammlung kann er Beschlüsse (Resolutionen) verabschieden, die für alle UNO Mitgliedsstaaten verpflichtend sind.

Sexuell übertragbare Infektionen (Sexually Transmitted Infections, STI)

Sexuell übertragbare Infektionen (STI) sind Krankheiten, die unter anderem durch Geschlechtsverkehr übertragen werden können. Oft ist auch eine nicht sexuelle Übertragung (durch Blut oder Körpersekrete) möglich. STI werden von unterschiedlichen Erregern verursacht, manche von ihnen sind relativ leicht übertragbar. Zu den STIs gehören Aids, Chlamydien, Gonorrhoe (Tripper) etc.

Seltene Krankheiten

«Seltene Krankheiten» ist ein Sammelbegriff für einzelne seltene Krankheiten. Betroffene und Gesundheitsfachpersonen stehen ihnen häufig hilflos gegenüber, denn oftmals gibt es weder Therapien noch genaue Informationen darüber. Heutzutage sind über 6’000 seltene Krankheiten bekannt und allein in Europa sind über 25 Millionen Menschen davon betroffen.

Schutzverantwortung (Prinzip)

Das Prinzip der Schutzverantwortung ist das Prinzip des Schutzes der Bevölkerung vor schweren Verbrechen, nämlich: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen.

Schengen-Raum

Der Schengen-Raum ist eine Zone des freien Personenverkehrs ohne Grenzkontrollen und umfasst 26 Staaten. Das Schengener Abkommen wurde 1985 von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Es ermöglicht den freien Grenzübertritt, nicht aber die Niederlassung. Der freie Personenverkehr ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr). Damit können EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger ohne Grenzkontrollen innerhalb Europas reisen. Nach und nach haben alle EU-Staaten das Abkommen ratifiziert und seit 1997 ist es Teil des EU Rechts (Vertrag von Amsterdam). Der Schengen-Raum umfasst fast alle EU-Staaten und einige Länder ausserhalb der EU (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein).

T

Tropenkrankheiten

Unter Tropenkrankheiten versteht man Infektionskrankheiten, deren Erreger (Viren, Bakterien, Parasiten etc.) vor allem in tropischen und subtropischen Regionen auftreten. Es gibt auch «vernachlässigte Tropenkrankheiten», die grosse Auswirkungen auf die Bevölkerung haben, z. B. Cholera, Dengue-Fieber, Diphterie, Ebola, Gelbfieber, Malaria, Zika-Virus etc.

U

Umweltvertriebene

Umweltvertriebene sind Menschen, die ihren Wohnort aufgrund von Umweltveränderungen verlassen müssen. Dies führt zur Migration von Menschen, die vor einer Naturkatastrophe oder «dauerhaften und wiederkehrenden» Konflikten fliehen, die ihren Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, in der Regel natürliche Ressourcen, behindern.

Umweltmigranten

Als Umweltmigranten werden Personen oder Personengruppen bezeichnet, die überwiegend aufgrund plötzlicher oder fortschreitender Umweltveränderungen, die ihr Leben oder ihre Lebensbedingungen beeinträchtigen, gezwungen sind oder sich dafür entscheiden, ihre Heimat zu verlassen, sei es vorübergehend oder dauerhaft, und die innerhalb ihres Landes oder ins Ausland übersiedeln (OIM, 2017).

V

Völkerrechtlicher Vertrag

Wenn zwei (bilateral) oder mehrere (multilateral) Subjekte des internationalen Rechts (hauptsächlich Staaten, aber auch internationale Organisationen) eine Einigung treffen, halten sie dies in einem völkerrechtlichen Vertrag fest, um sicherzustellen, dass sich die verschiedenen Parteien an die Abmachung halten. Diese Verträge nennt man auch Konventionen/Abkommen.
Die Ausarbeitung eines völkerrechtlichen Vertrags beinhaltet folgende Etappen:
• Verhandlungen zwischen den verschiedenen Parteien
• Unterzeichnung als Zeichen für die Absicht eines Landes, die Vertragsbestimmungen zu respektieren
• Ratifikation: formelle Verpflichtung, den Vertrag zu respektieren. Dies kann eine Anpassung des nationalen Rechts erfordern oder die Zustimmung der Legislative
(Parlament) verlangen.
• Inkrafttreten: Datum, ab dem der Vertrag in allen den Ländern in Kraft tritt, die ihn ratifiziert haben.

Völkermord / Genozid

Als Völkermord gelten Handlungen, deren Ziel die vollständige oder teilweise Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe ist. Dazu zählen insbesondere: Tötung, das Zufügen von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden, Massnahmen, die Geburten verhindern oder eine Gruppe physisch zerstören, die gewaltsame Überführung von Kindern in eine andere Gruppe. Die Verhütung und Bestrafung des Völkermords ist Gegenstand eines UNO-Übereinkommens von 1948.

Völkerbund

Der Völkerbund, Vorläufer der UNO, wurde 1919 mit Sitz in Genf gegründet und hatte die Wahrung des Friedens zum Ziel. Da er allerdings nur begrenzten Einfluss hatte, konnte er den Aufstieg des Faschismus in Europa nicht verhindern, woraufhin es zum Zweiten Weltkrieg kam. Er wurde 1946 definitiv durch die UNO ersetzt. Viele internationale Organisationen, darunter auch die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), wurden zur Zeit des Völkerbundes ins Leben gerufen.

Vetorecht

Das Vetorecht ermöglicht den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (China, Vereinigte Staaten, Russland, Frankreich und das Vereinigte Königreich), sich gegen einen gemeinsamen Beschluss zu wehren, der somit nicht angenommen werden kann. Dies kann zu Blockaden führen.

Verschmutzung

Als Verschmutzung wird die Schädigung der Umwelt durch potenziell giftige Substanzen bezeichnet, z. B. Luft- und Wasserverschmutzung oder auch Lärmbelastung. Die Handlungen von Menschen können katastrophale Auswirkungen auf unsere Umwelt und damit auch auf die Gesundheit der Menschen und auf den Planten haben.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Handlungen, die bei einem grossflächigen oder systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung vorsätzlich grosses Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit verursachen, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dazu zählen insbesondere Tötung, Ausrottung, Versklavung und Vertreibung sowie Freiheitsentzug unter Verstoss gegen die Grundregeln des Völkerrechts, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisierung und andere Formen schwerer sexueller Gewalt, Verfolgung aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder geschlechtsspezifischen Gründen, Apartheid sowie das Verschwindenlassen von Personen.

W

Wirtschaftsmigranten

Wirtschaftsmigranten sind Personen, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Land zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ansässig zu werden. Der Begriff kann dazu dienen, zwischen Wirtschaftsmigranten und Geflüchteten, die vor Verfolgung fliehen, zu unterscheiden. Er ist auch auf Personen anwendbar, die versuchen, ohne Einreiseerlaubnis einzureisen oder ohne legitimen Grund das Asylverfahrens nutzen, sowie für Saisonarbeiter.

Z

Zwischenstaatliche Organisation

Eine zwischenstaatliche oder intergouvernementale Organisation ist eine internationale Organisation zwischen mehreren souveränen Staaten, damit diese sich untereinander koordinieren können. Die Staats- und Regierungschefs dieser Länder diskutieren direkt über bestimmte Aspekte, in denen sie zusammenarbeiten möchten, und treffen gemeinsame Entscheidungen. Die UNO oder die Welthandelsorganisation WTO sind zum Beispiel zwischenstaatliche Organisationen.

Zwangsmigration / Flucht und Vertreibung

Im Kriegsvölkerrecht bezeichnet Vertreibung die individuelle oder kollektive Bewegung von Zivilpersonen im Inneren eines besetzten Gebiets. Gemäss dem Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949, Art. 49) und dem Zusatzprotokoll I über den Schutz der Opfer von internationalen bewaffneten Konflikten (1977, Art. 85), stellt Vertreibung ein Kriegsverbrechen dar, ausser sie ist aus zwingenden militärischen Gründen gerechtfertigt. In einem allgemeineren Sinne bedeutet Zwangsmigration die individuelle oder kollektive Bewegung von Personen aus ihrem Land oder ihrer Gemeinschaft, insbesondere aufgrund von bewaffneten Konflikten, zivilen Unruhen, Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen.

Zurückweisung

Von einer Zurückweisung spricht man, wenn ein Staat einer ausländischen Person die Einreise in sein Hoheitsgebiet verweigert und sie in das Land zurückschickt, aus dem sie kommt. Weitergefasst ist damit auch die Abschiebung aus dem Hoheitsgebiet von ausländischen Personen mit irregulärem Status gemeint. In diesem Sinne umfasst die Zurückweisung jegliche Zwangsmassnahme, durch die eine Person in ein anderes Land überführt wird – ob aufgrund von Ausweisung, Zurückweisung an der Grenze oder extraterritorialem Aufgreifen etc. Die Ausweisung von Personen in einen Staat, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht sind oder in dem sie wegen ihrer Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden könnten oder in dem sie von Folter bedroht sind, gilt als völkerrechtswidrige Massnahme.

Zivilperson / Zivilbevölkerung

Bis 1949 schützte das humanitäre Völkerrecht vorab verwundete, kranke, schiffbrüchige oder gefangene Angehörige der Streitkräfte. Die Genfer Konventionen von 1949 dehnten den Schutz auf die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten aus. Die Zusatzprotokolle aus dem Jahre 1977 erweiterten diesen Schutz und verstärkten die Garantien für bestimmte Teile der Zivilbevölkerung wie Frauen, Kinder, Geflüchtete, Journalisten.

Zivilgesellschaft

Unter Zivilgesellschaft versteht man alle NGOs, Vereine und Einzelpersonen, die sich im politischen Bereich für die Verteidigung der Interessen der Bevölkerung einsetzen.

Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wurden 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Zusammen bilden sie ein Programm (die Agenda 2030) das von allen Staaten bis 2030 erreicht werden soll. Die festgelegten Ziele sind miteinander verknüpft und geben einen roten Faden vor, damit jedes Land ein sozial gerechtes, wirtschaftlich effizientes und ökologisch verträgliches Entwicklungsniveau erreichen kann. So handeln alle Akteure in jedem Land (Regierung, Privatsektor, Zivilgesellschaft, Einzelpersonen) partnerschaftlich, um die SDGs umzusetzen und die Welt auf einen nachhaltigen Weg zu bringen.

Zentraler Suchdienst des IKRK

Der Zentrale Suchdienst wurde unter der Schirmherrschaft des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) eingerichtet und hat seinen Sitz in Genf. Er ist die Nachfolgeorganisation der Zentralstelle für Kriegsgefangene, die in den beiden Weltkriegen die Rechte der Kriegsgefangenen und das Recht der Familien verteidigte, Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erhalten. Der Suchdienst arbeitet mit allen offiziellen Stellen zusammen, die Informationen über Vermisste haben könnten, darunter mit den IKRK-Delegierten und anderen Organisationen vor Ort. Er koordiniert die Suche nach Vermissten, leitet Angaben über Kriegsgefangene und Inhaftierte weiter, organisiert Überführungen und Rückführungen in die Heimat, übermittelt Informationen und hilft mit bei Familienzusammenführungen.